

Zukunft durch den Mittelstand

Resolution zur Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen,
2. Landestagung der Mittelstandsvereinigung NRW am
19. Oktober 1987 in Herne

Nordrhein-Westfalen ist nicht nur das größte Bundesland, sondern auch das Land mit der größten Anzahl kleiner und mittlerer Unternehmen. Mit ca. 4 Mio. Beschäftigten arbeiten über 60 Prozent der Erwerbstätigen im Mittelstand. Und während in den meisten Großunternehmen des Landes (mit mehr als 500 Mitarbeitern) die Zahl der Beschäftigten sinkt, ist der Mittelstand Träger des dynamischen Teils der Wirtschaftsentwicklung. In den letzten 10 Jahren ist z. B. in den kleineren Firmen bis zu 20 Beschäftigten die Zahl der Arbeitsplätze um 13 Prozent gestiegen. Der mittelständischen Wirtschaft kommt somit im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungspolitik die Schlüsselfunktion zu.

Die Anpassungsprobleme von Kohle und Stahl werden, soweit erkennbar, auf absehbare Zeit zu einem weiteren Beschäftigungsrückgang in diesen Branchen führen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat keine Chance, neue Zukunftsperspektiven zu gewinnen, wenn nicht die Fähigkeiten und Kenntnisse der mittelständischen Wirtschaft mobilisiert, ihre Entwicklungschancen optimiert und das politische Umfeld zukunftsoffen gestaltet wird.

Selbständigkeit muß in unserem Land als ein zentrales gesellschaftliches Postulat gewertet werden. Dabei ist Selbständig-

keit nicht allein gleichbedeutend mit Unternehmertum. Selbständigkeit bedeutet auch mehr Eigeninitiative, mehr Eigenverantwortung, mehr persönlichen Einsatz und mehr Bereitschaft zu beruflicher Weiterbildung. Die großen Zukunftsaufgaben verlangen nicht nur eine intelligente Technik, sondern auch eine intelligente Gesellschaft. Mehr Selbständigkeit ist dazu der entscheidende Schlüssel.

Strukturwandel heißt nicht nur Aufgabe unihaltbarer Kapazitäten, sondern gleichzeitig Aufbau neuer zukunftsgerichteter Aktivitäten. Nur wenn dies gelingt, sind die Ergebnisse der unvermeidlichen strukturellen Anpassung politisch und gesellschaftlich erträglich zu gestalten. Nur so wird das Ziel eines wirklich kraftvoll neuen Aufbruchs mit der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen erreicht.

Noch sind wir ein gutes Stück von den Bedingungen entfernt, unter denen ein solcher Aufbruch in unserem Land wirklich in Gang kommt. Bundesweit wird dieser unverzichtbare Beitrag mittelständischer Wirtschaft durch Arbeitskostensteigerungen, kaum verkraftbare Abgabenbelastungen und unerträgliche bürokratische Hemmnisse gefährdet.

In Nordrhein-Westfalen kommen eine ganze Reihe hausgemachter Blockaden, Hemmnisse und krasses Politikversagen hinzu.

Die Landesregierung ist immer noch zu sehr auf alte Großindustrien fixiert, unterschätzt die wirtschaftspolitische Ordnungsfunktion des Mittelstandes. Sie hat sich bisher nicht aus der historisch und ideologisch gewachsenen Nähe zu industriellen Großeinheiten gelöst.

Trotz sehr viel landespolitischem Aktivismus und einer Vielzahl einzelner auf unzählige Fördertatbestände verteilten vorgebliebenen Mittelstandsprogramme fühlen sich die kleinen und mittleren Selbständigen in Nordrhein-Westfalen nicht tatsächlich angenommen.

An die Adresse der Landesregierung gerichtet sind folgende Feststellungen und Forderungen:

1. Es ist unverzichtbar, die chaotischen Verhältnisse im Landshaushalt zu beenden und einen deutlichen Konsolidierungskurs zu führen. Dieser darf jedoch nicht zu einem Kahlschlag bei den öffentlichen Investitionen und zur zusätzlichen Gefährdung von Zighausenden von Arbeitsplätzen, gerade in kleinen und mittleren Unternehmen führen. Dies steht jedoch an, wenn die Landesregierung im Bereich Straßen- und Wohnungsbau wie derzeit geplant verfährt. Aus Sicht des Mittelstandes gilt es, insbesondere die Effizienz des Personaleinsatzes im öffentlichen Dienst gründlich und am besten professionell von außen zu überprüfen.

2. Konsolidierungsschritte, die vorrangig zu Lasten der Kommunen gehen, lassen diese auf die Gewerbesteuer quasi als Ersatzdroge ausweichen. Es ist unerträglich, daß die Landesregierung durch ihre Gemeindefinanzierungsgesetze seit einer Reihe von Jahren zu diesem Verhalten der kommunalen Ebene maßgeblich beiträgt. Wir erwarten, daß auf allen Ebenen der Politik in unserem Land die Chancen

zur Privatisierung öffentlicher Leistungen verstärkt genutzt werden.

3. Planungs- und Regelungsdichte haben in unserem Land ein Ausmaß erreicht, das privaten Initiativen vor Ort, neuen Ideen, Betriebserweiterungen und -ansiedlungen vermeidbare Blockaden in den Weg stellt. So verständlich und begrüßenswert das wachsende Umweltbewußtsein und damit das Eintreten für die Belange von Natur und Grünflächen ist, es darf nicht dazu führen, daß für wirtschaftliche Aktivitäten immer weniger Flächenvorsorge getroffen, Entsorgungsprobleme nur noch schwer lösbar und alte Industrie- und Gewerbegebiete (Industriebrachen) wegen mutmaßlicher oder tatsächlicher Belastungen überhaupt keiner Nutzung mehr zugeführt werden können.

Wir fordern die Landesregierung nachdrücklich auf, gerade auch im Interesse der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen den Begriff Freiraum nicht allein auf Parks und Grünanlagen anzuwenden, sondern seine Bedeutung auch für wirtschaftliche Betätigung zu erkennen.

4. Die Verzettelung der angeblich mittelstandsfreundlichen Wirtschaftsförderung auf eine fast unüberschaubare Anzahl von Institutionen, Fördertöpfen und Zuständigkeiten muß überwunden werden. Dies verlangt nicht nur das Gebot der Rationalität und Effizienz öffentlicher Verwaltungen, sondern auch das unverzichtbare Ziel, tatsächlich ein Stück Chancengleichheit zu verwirklichen. Kleine und mittlere Unternehmen verfügen nicht über ausgefuchste Antragsbürokratien, um sich in dem Förderdschungel zurechtzufinden. Und wir wollen nicht, daß sich der Unternehmer mit mehr Zeitaufwand um das Beherrschende von Büro-

kratie und Subventionsdschungel kümmern muß, als um seine Kunden.

5. Wirtschaftsförderung in einem Bundesland sollte nicht nur effizient und überschaubar, sondern auch ganz entschieden auf Zukunft ausgerichtet sein. Unterstützungen bei der Einführung neuer Technologien, beim Zugang zu weitverstreut vorhandenem technischem Wissen, bei der Erleichterung der Finanzierung von Forschung und Entwicklungsvorhaben verdienen allemal den Vorzug gegenüber Programmen, bei denen Mitnahmeeffekte unter dem Gesichtspunkt — geht es denn wenigstens in die richtige Richtung — noch schwerer erträglich sind.

Vom Staat ist mehr Phantasie für wirksame Formen des Technologie-Transfers und der Kommunikation zwischen Hochschulen und mittelständischen Betrieben gefordert. Die Möglichkeiten der Drittmittel-Forschung müssen auch in NRW erweitert und entbürokratisiert werden.

6. Die Gewerkschaften werden seit Ende 1985 in die Bewilligungsverfahren im Rahmen der Regionalen Wirtschaftsförderung eingeschaltet. Sie haben diese Möglichkeit der Mitsprache in einer Vielzahl von Fällen dazu genutzt, tarifliche und gewerkschaftliche Forderungen durch Verweigerung der Bewilligung durchzusetzen. Wir halten dieses Verfahren für unerträglich, da weder sachgerecht noch der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen zuträglich. Wir erwarten von der Landesregierung schnellstmögliche Klarstellung über Art und Umfang der Beteiligung der Gewerkschaften.

7. Zum derzeitigen wirtschaftspolitischen Klima in Nordrhein-Westfalen gehört auch, daß die Landesregierung nach

außen den Eindruck wirtschaftspolitischer Konzeptions- und Hilflosigkeit macht. Die mangelnde Konzentration und Führungskraft in der Regierungspolitik, die wenig auf Zukunftssicherung gerichtete Politik des Wirtschaftsministeriums sowie die öffentlichkeitswirksame Dominanz gewerkschaftsnaher und ökologisch ausgerichteter Sozialdemokraten sind die zentralen politisch psychologischen Ursachen für das Negativ-Image im Urteil von Führungskräften. Es muß selbstverständlich, normaler und häufiger werden, daß der Wirtschaftsminister sich nachdrücklich für die Interessen gerade auch der kleinen und mittleren Unternehmen verbendet und für deren berechtigte Anliegen auch öffentlich wirbt. Dabei sollte ihm klar sein, daß der Begriff Interessen hier nicht für Klientel, sondern allein für eine übergreifende Wachstums- und Beschäftigungspolitik gewählt wurde.

8. Von der SPD-Landesregierung sind in den letzten Jahren viele Gesetzesinitiativen ausgegangen, die gerade die mittelständische Wirtschaft, denen, die Selbstverantwortung tragen wollen, denen, die leistungsbereit sind, zusätzliche Schwierigkeiten machen. Genannt seien in diesem Zusammenhang der Bildungsurlaub, die Einschränkung der Möglichkeit, legale Leiharbeit durchzuführen, das Gesetz zur Reglementierung von Überstunden. Die von Mitgliedern der SPD-Landesregierung mit Vehemenz geforderte weitere Verkürzung von Arbeitszeiten würde den Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft weiter verstärken und die auch wegen des Auseinanderklaffens zwischen nachgefragten und angebotenen Qualifikationen mißliche Arbeitsmarktsituation noch zusätzlich verschärfen. Zu solchen Gesetzesvorhaben erwarten wir

deutliche Worte des Wirtschaftsministers und Taten seiner Kabinettskollegen.

9. Wir brauchen zur Beherrschung der Zukunftsaufgaben in unserem Land eine intelligente, eine qualifizierte Gesellschaft. Dies gilt für jede Form der Selbstständigkeit ebenso wie für jede Form der abhängigen Beschäftigung. Dies gilt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wir erwarten deshalb von der Landesregierung, daß sie die Bildungsinhalte an diesen Erfordernissen ausrichtet, daß sie von ideologisch gefärbten Curricula und Bildungsinhalten Abschied nimmt. Wir verlangen, daß sie den eigenständigen Wert eines Hauptschulabschlusses erkennt und gerade auch diese Schulform im Rahmen des gegliederten Schulsystems leistungsfähig macht.

Wir verurteilen den Gesamtschulen-Fetischismus der SPD-Landesregierungen zu Lasten anderer und nachweislich leistungsfähigerer Schulformen. Bildung und Ausbildung in NRW dürfen nicht zweitklassig werden und entsprechend Attraktivität sowie Zukunftsfähigkeit des Landes und seiner Wirtschaft belasten.

Wir erwarten von der Landesregierung, daß sie den absehbaren Schülerrückgang nicht zu einem Kahlschlag bei den Schulen nutzt. Wir verlangen, daß sie sich allen Bestrebungen und Neigungen widersetzt, Überkapazitäten in den Berufsschulen für eine Verschulung der beruflichen Bildung zu nutzen. Wir verlangen, daß sie die berufliche Weiterbildung in ihrer praxisnahen, flexiblen und auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnittenen Vielfalt als notwendig und sinnvoll ansieht und darin nicht ein lokkendes Feld für weitere Reglementierungen und gesetzliche Vorschriften entdeckt.

Im Bereich der beruflichen Weiterbil-

dung ist Praxisnähe noch zwingender als für die Erstausbildung, und deshalb sollten private Initiativen ermuntert werden.

10. Letztlich geht es bei der Realisierung der Zukunftschancen für die mittelständische Wirtschaft nicht nur um eine wirtschaftspolitische Aufgabe. Vielmehr ist auch die Gesellschaftspolitik im weiteren Sinne gefordert. Von besonderer Bedeutung für das Ausschöpfen Wachstums- und Beschäftigungschancen wird dabei gerade auch in Nordrhein-Westfalen das Verhalten der Tarifpartner sein. Auch sie sollten sich stärker als in der Vergangenheit geschehen, an den Existenzbedingungen kleiner und mittlerer Unternehmen orientieren. Je mehr es in den Vereinbarungen gelingt, auf Branchen, Regionen und Unternehmensgrößen bedingte Unterschiede Rücksicht zu nehmen, je mehr auch in Tarifvereinbarungen der tatsächlichen Vielfalt des Wirtschaftslebens Rechnung getragen wird, um so erfolgreicher wird der Mittelstand sein bei der Erfüllung der zu Recht in ihn gesetzten Hoffnungen.

Arbeitslosenzahl leicht rückläufig

Die Arbeitslosenzahl ist im Oktober 1987 gegenüber dem Vormonat leicht zurückgegangen. Insbesondere ist zu begrüßen, daß die Zahl der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen auf einen niedrigeren Stand abgesunken ist. Die Zahl der offenen Stellen liegt mit über 170 000 deutlich über der des vergleichbaren Vorjahresmonats. Hinzuweisen ist auch auf die Tatsache, daß von den gemeldeten Arbeitslosen über 10 Prozent lediglich eine Teilzeitarbeit suchen. Insgesamt bedarf es weiterer Anstrengungen, um auf dem Arbeitsmarkt weiter voranzukommen.

Einweihung der Schachtanlage Voerde macht Mut

Als durchschlagenden Beweis für die Zukunft der Kohle hat der nordrhein-westfälische CDU-Landesvorsitzende, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, die Einweihung des Außenschachtes Voerde des Bergwerkes Walsum bezeichnet.

Nach zehnjährigen Vorbereitungsarbeiten seien nun Abbaumöglichkeiten für über 200 Millionen Tonnen Steinkohle erschlossen und damit die Zukunft des Bergwerkes Walsum mit derzeit 4 500 Arbeitsplätzen für weitere 70 Jahre gesichert, erklärte Blüm in Voerde. „Ich hoffe sehr, daß dieses frohe Ereignis genauso Eingang in die Schlagzeilen der überregionalen Presse findet wie die Tartarmeldungen über Zechenschließungen“, fuhr Blüm fort. „Die Kohle jedenfalls und die Kumpel haben es verdient, aus dem psychologischen Tief herauszufinden und selbstbewußt in die Zukunft zu sehen.“

Die Einweihung der neuen Schachtanlage solle, so der CDU-Landesvorsitzende, zugleich all jenen Mut machen, die sich in Forschung und Erprobung um die Verbreiterung der Absatzchancen deutscher Steinkohle bemühen. Blüm: „Kohle ist kein archaischer Energieträger, kein Symbol vergangener Zeiten, sondern ein Partner im Alltag der Spitzenproduktion.“

Der CDU-Landeschef versicherte den „Bergleuten in Voerde und überall draußen im Lande, daß die Bundesregierung

und die CDU Nordrhein-Westfalen fest zur Kohlevorrangpolitik stehen“. Zwar könne niemand die bisherigen Fördermengen auf Dauer garantieren. Gerade deshalb komme es jetzt entscheidend darauf an, mit einer großen Gemeinschaftsanstrengung

- zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern
- zwischen Land und Bund
- zwischen Regierung und Opposition den notwendigen Anpassungsprozeß sozial verträglich zu gestalten. Blüm:

„Meine soziale Haltelinie heißt: Es darf keine Massenentlassungen in die Arbeitslosigkeit geben.“ Die gemeinsame Erklärung der nordrhein-westfälischen CDU- und SPD-Fraktion auf der Grundlage des Überbrückungskonzeptes der IG Bergbau lasse hoffen, daß „ein solcher Kraftakt möglich ist“.

Allerdings könne Konsens bei der Kohle nur über den Konsens in der Energiepolitik erreicht werden. Die Verstromung der Kohle sei nur möglich, wenn die Kosten durch den Einsatz von Kernenergie in einem erträglichen Rahmen gehalten werden. Blüm: „Der Ausstieg aus der Kernenergie bedeutet deshalb nicht freie Fahrt für die Kohle, sondern im Gegenteil ihr wirtschaftliches Ende.“ Dies werde die CDU nicht zulassen, denn „an der Energiepolitik entscheidet sich nicht nur das Schicksal der Kohle, sondern auch das Schicksal unseres Arbeitsmarktes insgesamt“.

Aus der Landtagsfraktion

Oppositionsparteien fordern Stillhalteabkommen über Schulschließungen

Offener Brief an Kultusminister Schwier

Mit einem „Stillhalteabkommen“ wollen die Oppositionsparteien im Düsseldorfer Landtag, CDU und FDP, die drohende Massenschließung von NRW-Schulen verhindern. In einem offenen Brief an Kultusminister Schwier appellieren die schulpolitischen Sprecher beider Fraktionen, Herbert Reul (CDU) und Joachim Schultz-Tornau (FDP), an die Landesregierung, jegliche Schließung einzügiger Schulen auszusetzen, solange im Landtag über eine Veränderung des Schulrechts verhandelt wird.

In dem Schreiben erinnern die beiden Fraktionssprecher an den am 30. September 1987 von CDU und FDP gemeinsam eingebrachten „Schulfriedensgesetz-Entwurf“, der ein faires Miteinander aller Schulformen und eine breite parlamentarische Übereinkunft über die Zukunft des nordrhein-westfälischen Schulwesens zum Ziel habe. Schwier selbst habe in einer ersten Stellungnahme einen „fairen und konstruktiven Dialog zugesagt“. Gespräche seien bereits terminiert.

Mit großer Betroffenheit müsse man nun allerdings registrieren, daß in vielen Regionen unseres Landes die Schulaufsicht vollendete Tatsachen schaffe, indem

leistungsfähige Schulen unter Berufung auf geltendes Schulrecht aufgelöst werden. So habe der Regierungspräsident Detmold die Existenz von 30 Hauptschulen in seinem Bezirk in Frage gestellt. Der Regierungspräsident Münster habe die Stadt Münster aufgefordert, schulorganisatorische Maßnahmen bei einzügigen Hauptschulen zu ergreifen, der Regierungspräsident Köln die Bildung von Eingangsklassen an vier einzügigen Hauptschulen untersagt.

Diese und andere Schritte der Schulaufsicht führten zu Unruhe bei Eltern, Lehrern und Schülern sowie bei den betroffenen Schulträgern, kritisieren die Oppositionspolitiker. Es sei nicht hinnehmbar und stelle die Bereitschaft der Landesregierung zu einem fairen Dialog massiv in Frage, wenn im Landtag Gespräche über einen dauerhaften Schulfrieden stattfinden sollen, während gleichzeitig die Schulaufsicht ohne Rücksicht auf diese Entwicklung vollendete Tatsachen schaffe. Beide Schulpolitiker appellieren abschließend an Schwier: „Geben wir den parlamentarischen Beratungen den Vorrang.“ Erst wenn der Landtag entschieden habe, dürfe die Schulaufsicht auf der Grundlage des „dann hoffentlich veränderten Schulrechtes notwendige Konsequenzen ziehen“.

Peter Daners als stellvertretender KPV-Bundesvorsitzender wiedergewählt

Peter Daners (Grevenbroich), Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU des Landes Nordrhein-Westfalen — KPV/NW — und Generalsekretär der Europäischen Kommunalpolitischen Vereinigung — EKPV —, wurde bei der Bundesvertreterversammlung am 23. Oktober 1987 in Bonn im Amt des stellvertretenden KPV-Bundesvorsitzenden bestätigt. Bei dieser zweiten Wiederwahl erzielte Daners mit 172 von 216 gültigen Stimmen das zweitbeste Ergebnis. Peter Daners gehört dem Geschäftsführenden KPV-Bundesvorstand bereits seit 1983 in gleicher Funktion an. 1983 wurde er auch als Vorsitzender der KPV/NW gewählt.

In seinem Grußwort als Vorsitzender des gastgebenden KPV-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen wies Peter Daners auf die großen Erfolge der Bundesregierung Helmut Kohl für Nordrhein-Westfalen hin. Er wies darauf hin, daß die KPV/NW davon ausgehe,

- daß jetzt und in Zukunft das Bild einer christlichdemokratisch angelegten Kommunalpolitik unverkennbar wird und bleibt;
- daß die Bürger erkennen können, wie wir die Menschenwürde in allen Fragen auf jedem Politikfeld, der Sozialpolitik, der Familienpolitik und auch in der Sorge um die Arbeitsplätze unserer Mitbürger als entscheidendes Kriterium für die Wirksamkeit ansehe;
- daß die Bürger uns deshalb bei allen

unterschiedlichen Denksätzen in der CDU wieder einschätzen können.

Peter Daners appellierte an die über zweihundert Kommunalpolitiker aus ganz Deutschland, weiter christdemokratische Kommunalpolitik unter dem Motto „Auf christlichem Fundament die Zukunft der Gemeinden weiterbauen“ zu gestalten.

Frauen in die Bundeswehr?

Fachtagung der JU NRW am 18. Nov. 1987 in Iserlohn, 9.30 bis 17.30 Uhr

Mit dem Thema „Frauen in die Bundeswehr“ widmet sich die Junge Union einer Frage, die seit geraumer Zeit wieder Gegenstand der öffentlichen Diskussion und politischen Auseinandersetzung geworden ist.

Viel zu oft wird die Frage des Einsatzes von Frauen in der Bundeswehr im Hinblick auf den sich abzeichnenden Personalmangel zu Beginn der 90er Jahre diskutiert. Dieser Aspekt kann aber nicht der Ansatzpunkt für die Diskussion sein. Es ist nicht ein an tagespolitischen Bedürfnissen orientierter Besluß gefordert, sondern eine verantwortungsvolle Grundsatzentscheidung unter Beachtung aller Aspekte.

Die Junge Union will mit dieser Fachtagung dazu beitragen, daß die bis heute eher emotional geführte Diskussion auf eine sachliche Ebene zurückgeführt wird, die eine solche Entscheidung verlangt.

Vorgesehen ist ein Grundsatzreferat zum Thema „Verteidigungspolitische Notwendigkeiten in den 90er Jahren“ von Willy Wimmer, MdB, Verteidigungspolitischer

Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, sowie Stellungnahmen von Christa Thoben, MdL, und des Deutschen Bundeswehrverbandes.

Soldaten/innen der US-Army, Britischen Rheinarmee und ein weiblicher Sanitäts-

offizier der Bundeswehr werden über ihren beruflichen Alltag berichten.

Nähtere Informationen und Anmeldung:

Junge Union Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 5, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 136 00 43/44

Termine

11. 11. 1987	14.00 Uhr	LFA Jugend und Familie	Düsseldorf
12. 11. 1987		CDU NRW Fachkongreß Entsorgung	Köln*)
12. 11. 1987	16.00 Uhr	LFA Schule und Bildung	Düsseldorf
12. 11. 1987	17.30 Uhr	Landesvorstand der CDU NRW zum Thema: „Probleme des ländlichen Raums, insbesondere der Agrarpolitik	
13. 11. 1987		Landesvorstand CDU NRW	Werl
21. 11. 1987		LACDJ — Fachtagung Gentechnologie	Lippstadt
23. 11. 1987		LFA Jugend und Familie	Bedburg-Hau*)
24. 11. 1987	16.00 Uhr	LFA Entwicklungspolitik	Düsseldorf
27. 11. 1987	15.00 Uhr	LFA Sicherheitspolitik	Bonn
30. 11. 1987	16.00 Uhr	LFA Sport	Gummersbach
3. 12. 1987	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft + Forschung	Düsseldorf
11./12. 12. 1987		Landesparteitag der CDU NRW	Düsseldorf
★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★			
20. 1. 1988		LACDJ — Vorstand + Beirat	Düsseldorf

*) **Programm und Anmeldung: Landesgeschäftsstelle der CDU NRW, Wasserstraße 5,
4000 Düsseldorf**